

A. 1.34

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: **Landesweiter Zusammenschluss Bildung**

1. Antrag zu A.1.34

Zeile 685/686

nach „...kulturellem Austausch ein.“
einfügen:

„Bildungsangebote müssen ein freies, selbstbestimmtes Lernen und individuelle Bildungsbiografien ermöglichen.“

Begründung:

In dem Abschnitt wird sehr stark auf den Zugang zu Bildung eingegangen. Nicht jedoch wird thematisiert, welche Hürden innerhalb der Bildungsangebote existieren. Gerade die Unterwerfung von Bildung unter Verwertungsinteressen der Wirtschaft in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass ein immer stärkerer Normierungszwang, also der Zwang zu Normbiografien, Unterwerfung unter autoritäre Bildungs- und Prüfungsstrukturen, herrscht, der individuelle Bildungsbiografien keinen Raum mehr lässt. Die Persönlichkeitsentfaltung ist nur noch in engen Grenzen möglich. Daher ist es notwendig, auch auf emanzipatorische Bildungsstrukturen hinzuwirken.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

2. Antrag zu A.1.34

Zeile 685/686

Einfügen:

„Erwachsenenbildungsbereich“

Der Satz lautet dann wie folgt:

„Reformen im vorschulischen, schulischen, Hochschul- und Erwachsenenbildungsbereich müssen miteinander vernetzt werden.“

Begründung:

Aus dem gesamtheitlichen Bildungsansatz ergibt sich logisch, dass sich die Vernetzung der Bildungsreformen nicht auf den schulischen und Hochschulbereich beschränkt werden darf.

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

3. Antrag zu A.1.34

Zeile 693/694

Ersetzen „Statt eines Feigenblattes eines kostenfreien Vorschuljahres.“
durch:

„Über das Feigenblatt des kostenfreien Vorschuljahres hinaus.“

Begründung:

Um der Gefahr zu entgehen, den Eindruck zu erwecken, als würden wir das kostenfreie Vorschuljahr abschaffen wollen (bzw. nicht für einen ersten guten Schritt betrachten) und an die Stelle dessen den Rechtsanspruch auf Betreuung etc. setzen wollten, würden wir eine etwas neutralere Formulierung vorziehen, die zeigt, dass unsere Forderungen mit der schrittweisen Gebührenfreiheit aller Kita Plätze etc. darüber hinaus gehen.

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

4. Antrag zu A.1.34

Zeile 782/783

Einfügen in

„... deshalb müssen aus unserer Sicht alle Lernmittel wirklich kostenfrei sein..“:
„wie z.B. Arbeitshefte und Taschenrechner“.

Der Teilsatz und der anschließende Satz lautet dann.

„... deshalb müssen aus unserer Sicht alle Lernmittel wie z.B. Arbeitshefte und Taschenrechner wirklich kostenfrei sein. Familien dürfen nicht mit Zusatzausgaben belastet werden.“

Begründung:

Da die Staatsregierung der Auffassung ist, dass die verfassungsgemäße Lernmittelfreiheit sich lediglich auf die kostenfreie Bereitstellung von Schulbüchern bezieht, hat es Sinn, an dieser Stelle mittels zweier geläufiger Beispiele deutlich zu machen, dass sich unsere Vorstellungen vom Grundsatz der Lernmittelfreiheit auf den tatsächlichen Bedarf und auf wirklich alle Lernmittel beziehen.

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

5. Antrag zu A.1.34

Zeile 812

Einfügen: **„staatlich organisierte“**

In Zeile 813/814

Streichen: **„in Unternehmen“**

Die beiden Sätze ab Zeile 810 wie folgt lauten:

„Berufswahl und Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn ihnen bereits zu Schulzeiten eine differenzierte staatlich organisierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Wir wollen diese zum Beispiel durch eine gezielte Berufsorientierung ab Klasse 7 und durch Praxistage stärken.“

Begründung:

Gerade im Berufsberatungs- und Berufsorientierungsbereich hat sich in letzter Zeit ein Wildwuchs privatwirtschaftlicher und halböffentlicher Initiativen und Bildungsträger etabliert. Wir möchten hingegen deutlich machen, dass die Berufs- und Studienberatung eine öffentliche Aufgabe der Schulen ist, wobei organisatorische und inhaltliche Unterstützung durch die Schulträger und die Bildungsagentur zu leisten ist.

Die bisherige Formulierung Praxistage „in Unternehmen“, stellt unseres Erachtens einen zu einseitigen privatwirtschaftlichen Bezug her. Vielmehr sollte es doch darum gehen, Praxistage in allen relevanten Bereichen (einschließlich kommunaler Betriebe, Behörden und Verwaltungen, Hochschulen etc.) durchzuführen. Eine konkretisierende Aufzählung wäre allerdings Platzraubend, so dass statt dessen lieber auf die Spezifizierung „in Unternehmen“ verzichtet werden sollte.

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

6. Antrag zu A.1.34

In Zeile 836

Streichen: „**für Berufstätige**“

Begründung:

Grundsätzlich wollen wir doch eine Erleichterung des Hochschulzuganges für alle Erwachsenen in Sachsen, also auch für evtl. arbeitslose oder teilberufsunfähige Menschen.

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

7. Antrag zu A.1.34

Zeile 832 f.:

Ersetzen: "Studieren muss kostenfrei bleiben.":

Durch:

"Studieren muss wieder gebührenfrei werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Benutzung von Hochschuleinrichtungen kostenfrei wird sowie Studiengebühren für Zweitstudium und weiterbildende Studienangebote abgeschafft werden. Auch an den Hochschulen treten wir für eine Lernmittelfreiheit ein."

Begründung:

Die gegenwärtig im Wahlprogramm enthaltene Aussage ist schlicht falsch. Nach § 12 des neuen Sächsischen Hochschulgesetzes können Gebühren und Entgelte in einer Reihe von - gesetzlich nicht abschließend geregelten - Fällen erhoben werden. Bereits seit den 1990er Jahren ist es in Sachsen möglich, Zweitstudiengebühren zu erheben. Zudem ist das Studium längst nicht kostenfrei. In einigen Studiengängen müssen die Studierenden in nicht unerheblichem Umfang für Materialien zu Experimenten, für Schutzkleidung, für Reader etc. zahlen. DIE LINKE. Sachsen sollte sich sowohl für die Gebührenfreiheit von Studienangeboten, als auch die Übernahme von Kosten für Lernmittel einsetzen.

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

8. Antrag zu A.1.34

Zeile 873

Einfügen nach "...Arbeitsverträge ein.":

"Der akademische Mittelbau war in den letzten Jahren besonders stark vom Stellenabbau betroffen. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen und umzukehren."

Begründung:

In den letzten Jahren hat an den Hochschulen des Landes in Folge einer vom Finanzministerium diktierten Hochschulvereinbarung ein Kahlschlag bei den Stellen stattgefunden. Dass an der Universität Leipzig gegenwärtig gegen den Personalmangel gekämpft wird, ist Ausdruck der katastrophalen Situation an den Hochschulen. Allein an der TU Dresden müssen bis zum nächsten Jahr noch 150 Stellen abgebaut werden. Einer solchen Entwicklung kann und darf DIE

LINKE. nicht tatenlos zusehen. Daher sollte eine entsprechende Forderung im Wahlprogramm erhoben werden

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	

9. Antrag zu A.1.34

Zeilen 914 bis 916

Streichen: „Sportnoten wollen wir darum aus der Erstellung von Bildungsempfehlungen für weiterführende Schulen herauslösen. Für die Durchführung eines regelmäßigen und fachlich abgesicherten Schulsports treten wir für die Einstellung von ausreichend Lehrpersonal ein.“

Begründung:

Um Dopplungen und inhaltliche Widersprüche zu vermeiden, schlagen wir die Streichung der obigen Passage vor. Auf Seite 33 (Antragsheft) in den Zeilen 758 und 759 ist formuliert: „Insbesondere in musischen und künstlerischen Fächern sowie Sport wollen wir auf die Vergabe von Noten verzichten.“ Demzufolge steht die Formulierung von der Herauslösung der Sportnoten im Widerspruch zu dieser Aussage und ist verzichtbar. Ebenso wird im Abschnitt 3.5 bereits hinreichend ausführlich und allgemein gefordert, dass genügend qualifiziertes Lehrpersonal einzustellen ist. Eine spezifische Forderung für den Sportbereich erübrigt sich also, insbesondere unter dem Blickwinkel der Vermeidung weiterer Einzelforderungen (mehr Mathematik-, Geografie-, Musiklehrer etc.).

Entscheidung des Parteitages		
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür:	_____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____	